

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

20. Sitzung
13. Juni 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.28 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Landero (SenASGIVA).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.
- Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung mit Tagesordnung vom 5. Juni 2024 vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Folgende Fragen wurden vorab schriftlich eingereicht:

- „Welche konkreten Auswirkungen haben die im Rahmen der PMA-Auflösung erfolgenden Einsparungen für den Haushalt der SenASGIVA im Jahr 2024 in den Bereichen Integration, Gleichstellung und Antidiskriminierung in Hinsicht auf die Streichung von Vorhaben, Reduzierung von Angeboten, geringere Projektmittel für Zuwendungsempfänger oder die Streichung/Verschiebung von Zielen aus den Richtlinien der Regierungspolitik?“
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Welche Kapitel, Titel und Teilansätze werden zur Auflösung der PMA in welcher Höhe und mit welcher Begründung im EP 11 herangezogen?“
(Die Linke)

Herr Abg. Lederer (LINKE) zieht die von seiner Fraktion eingereichte Frage zurück und stellt stattdessen eine Nachfrage zu der Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

- „Herr Staatssekretär, Sie haben uns ja völlig zurecht gesagt, dass von 29.173.000,00 Euro, was eine ganze Menge ist mit den drei Teilansätzen im Zuwendungstitel 68406, 1,97 Millionen wegfallen, also das ist zumindest die Angabe, die wir aus den Unterlagen des Hauptausschusses haben. Das heißt also, es sind 6,8 Prozent, die nicht zur Verfügung stehen für das, was ursprünglich in dem Titel stand. Das müssen Sie ja jetzt irgendwie steuern. Deswegen würde mich interessieren im Sinne der Transparenz, die Sie ja auch angekündigt haben, bis wann könnten Sie uns denn eine Liste vorlegen, wo steht: Früher waren von den 29 Millionen so und so viele Projekte mit der und der Zuwendungssumme gedacht. Jetzt neu werden das 1,97 Millionen weniger sein, wir werden das so und so machen. Einfach, damit wir verstehen und nachvollziehen können, an welcher Stelle jetzt die Pauschale Minderausgabe in dem Bereich erbracht wird. Und dann ist da natürlich auch noch das Partizipations- und Integrationsprogramm, von dem ich glaube, dass da auch nochmal in nicht unerheblichem Umfang Reduzierungen stattfinden. Auch da interessiert einfach nur, wie das jetzt umgesetzt wird. Bis wann wissen wir, was geht, was nicht geht, von dem was Sie sich ursprünglich vorgenommen haben?“
(Die Linke)

Zudem wird folgende Frage mündlich gestellt:

- „Ich habe den Medien entnehmen können, dass Mittel, die SenASGIVA der Bildungsverwaltung zur Verfügung stellt in der auftragsweisen Bewirtschaftung im Kontext von Meet2Respect zurückgereicht wurden. Können Sie uns darüber aufklären?“
(SPD)

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen durch Herrn Staatssekretär Landero (SenASGIVA) wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) berichtet über die Aufklärungskampagne #DasistGewalt, den Anne Frank Tag am 12.06.2024 und die Gleichstellungministerinnenkonferenz in Ludwigsburg (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss wird Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erster berlinweiter Magnus-Hirschfeld-Tag –
Erläuterungen zu den bisherigen Teilnehmenden,
angedachten Formaten und Kooperationen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0127](#)
IntGleich

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Punkt in der 18. Sitzung am 16. Mai 2024 aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt worden sei.

Frau Abg. Neumann (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) und Herr Pantisano (Abteilung LADS IV, SenASGIVA), die Ansprechperson der Landesregierung Berlin für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, nehmen einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) und Herr Pantisano (Abteilung LADS IV, SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 3 der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Runder Tisch zum Schutz gegen queerfeindliche
Hasskriminalität und Landesstrategie für queere
Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit – Aktueller
Stand**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0129](#)
IntGleich

Frau Abg. Neumann (SPD) begründet den Besprechungsbedarf für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) und Herr Pantisano (Abteilung LADS IV, SenASGIVA) nehmen einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) und Herr Pantisano (Abteilung LADS IV, SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, den Punkt 4 der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|--|-----------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Registerstellen – Bericht
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0142
IntGleich |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Finanzierung der Registerstellen und der Präventionsarbeit
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0143
IntGleich |

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs.

Herr Abg. Özdemir (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 a) für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Abg. Walter (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 5 b) für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Violeta Balog, Projektleiterin der Dokumentationsstelle Antiziganismus – DOSTA/MIA Berlin, Amoro Foro e.V.,
- Frau Kati Becker, Leiterin der Berliner Register, pad gGmbH,
- Frau Rima Hanano, Leiterin von CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit, und
- Frau Julia Kopp, Projektleiterin bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin.

Frau Becker nimmt an der Anhörung digital teil.

Im Anschluss an die Aussprache, in deren Rahmen auch Herr Staatssekretär Landero (SenASGIVA) Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Punkte 5 a) und b) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs	0133
Überlastung der LADG Ombudsstelle	IntGleich
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	

Punkt 6 der Tagesordnung wird aus zeitlichen Gründen einvernehmlich vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	0089
Drucksache 19/1167	IntGleich
Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes – Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen beenden	BildJugFam Haupt(f) Recht KultEnDe

Auf eine Begründung des Antrags – Drucksache 19/1167 – wird durch die antragstellende Fraktion verzichtet.

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1167 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0115
Drucksache 19/1164	IntGleich
Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten „Neutralitätsgesetzes“	BildJugFam Haupt(f) Recht KultEnDe

Auf eine Begründung des Antrags – Drucksache 19/1164 – wird durch die antragstellende Fraktion verzichtet.

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1164 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (21.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 27. Juni 2024, um 14.00 Uhr, statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Ülker Radziwill

Niklas Graßelt